



Die fünf glücklichen Besitzer der 75000. Neubauwohnung, die im Bezirk Magdeburg seitdem VIII. Parteitag der SED übergeben wurde: Klaus Keßler, Anlagenfahrer und Dreischichtarbeiter in der Stahlgießerei „Wilhelm Pieck“, seine Frau Ingrid, Kranfahrerin und Schichtarbeiterin im Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“, und ihre drei Kinder.

Foto: Goldammer

in den Fachabteilungen Wohnungspolitik. Durch den Einsatz politisch erfahrener Arbeiterkader sind gute Fortschritte erreicht worden. Im Kaderprogramm der BPO des Rates der Stadt ist enthalten, diese Genossen an der Kreis- oder der Bezirksparteischule zu qualifizieren.

Abgeordnete, ehrenamtliche Kommissionen und Mitglieder der Räte der Stadtbezirke führten gemeinsam mit Mitgliedern der WBA zahlreiche Familiengespräche. Es erwies sich, daß die Zahl der Wohnungsuchenden geringer ist als die Anzahl der Anträge, haben doch nicht selten beide Ehepartner bei den Wohnungskommissionen ihrer Betriebe einen Antrag eingereicht.

Für die Wohnraumversorgung sind voll die Räte der Stadtbezirke zuständig. Seitdem sie über allen freien Wohnraum verfügen können, kommt größere Übersicht und Ordnung in diesen Bereich. Aus dem Auftrag, Wohnraum vor allem nach sozialen Aspekten zu vergeben, erwächst eine ebenso umfangreiche wie verantwortungsvolle Kleinarbeit. Sie erhält großes politisches Gewicht, werden doch die Wohnraumvergabepläne von den Volksvertretungen in den Stadtbezirken beschlossen. In den Rathäusern liegen diese Pläne für jeden Bürger zur Einsicht aus, ihr Anhang besagt namentlich, wer eine Wohnung erhält — mit Adresse, Beruf und Anzahl der Familienangehörigen. Bedingung für die Aufnahme in den Wohnraumvergabeplan ist ein begründeter Antrag an den Rat des Stadtbezirkes, der innerhalb von sechs Wochen geprüft und entschieden wird.

Ob der Antrag berechtigt ist und wie dringlich, das prüfen an Ort und Stellé gewerkschaftliche Wohnungskommissionen der Betriebe, die auf Grund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung

ein Vorschlagsrecht haben, oder Wohnungskommissionen, die von den Räten berufen wurden. Im Wirken dieser 186 Kommissionen findet auch unsere sozialistische Demokratie ihren Niederschlag.

Regelmäßig wird die Verwirklichung der Wohnungspolitik von der Stadtverordnetenversammlung eingeschätzt. Die Räte der Stadtbezirke berichten darüber in ihren Stadtbezirksversammlungen. Die Ständige Kommission Wohnungspolitik der Stadtverordnetenversammlung und der Rat der Stadt führen Komplexkontrollen zur Vorbereitung von Berichterstattungen und Eingabenanalysen durch. Die Ergebnisse werden in die Beschlußfassung einbezogen.

Trotz alledem kommt es noch vor, daß Bürger bürokratisches Verhalten bei der Klärung von Wohnungsangelegenheiten, ungenügende Beachtung der Dringlichkeit eines Wohnungsproblems, das Nichteinhalten von Versprechen kritisieren. Eingaben gibt es auch wegen mangelhafter Einstellung von Mitarbeitern der KWW und der Handwerksbetriebe zu dringend notwendigen Reparaturen. Genossen des Rates der Stadt wurden beauftragt, wo ein solches Verhalten bekannt wird, verändernd einzuwirken.

Der Rat der Stadt und seine BPO verstärken deshalb den politisch-ideologischen und erzieherischen Einfluß auf alle Staatsfunktionäre, die Anliegen der Bürger noch sorgfältiger und unbürokratisch zu bearbeiten. Dazu werden verstärkt persönliche Gespräche geführt. In den Stadtbezirken Süd und Mitte konnten auf diese Weise etwa 90 Prozent aller Anliegen im vertrauensvollen Gespräch und gemeinsam mit den Bürgern geklärt werden.